

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Öfter mal was Neues

Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

Jochen Roose

- › Im Januar 2024 hat sich die Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW) gegründet. In einer repräsentativen Umfrage von Februar bis April 2024 geben 18 Prozent der Wahlberechtigten an, die neue Partei zu mögen.
- › 5 Prozent der Wahlberechtigten wollen bei einer Bundestagswahl das BSW wählen. Weitere 3 Prozent können sich neben der eigentlich präferierten Partei das BSW vorstellen. Diese Werte liegen nah am Europawahlergebnis des BSW (6,2 Prozent).
- › Die Wahlabsicht für das BSW ist nach Einschätzung der Wählerinnen und Wähler besonders fest. 63 Prozent halten es für sehr wahrscheinlich, dass sie das BSW wählen werden, im Durchschnitt aller Wählerinnen und Wähler halten 50 Prozent die Umsetzung ihrer Absicht für sehr wahrscheinlich.
- › Die möglichen Wählerinnen und Wähler des BSW sind etwas häufiger männlich, 41 bis 65 Jahre alt und haben eine mittlere formale Bildung. Die BSW-Wahlabsicht ist in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland.
- › BSW-Wählerinnen und -Wähler geben als Gründe für ihre Wahl an, Inhalte und Personen seien wichtig und sie fühlen sich von der Partei verstanden. Ein explizites Protestmotiv ist nur für eine Minderheit wichtig.
- › Die BSW-Wählerschaft positioniert sich in der Sozialpolitik wie der Bevölkerungsdurchschnitt. Sie tendiert weniger zu Klimaschutz und dafür mehr zu Wirtschaftswachstum. Die BSW-Wählerschaft favorisiert deutlich eine restriktivere Einwanderungspolitik.
- › Die Demokratiezufriedenheit ist bei den BSW-Wählerinnen und -Wählern geringer als in der Gesamtbevölkerung.

Inhaltsverzeichnis

1. BSW – welche Wählerschaft?	3
2. Die Studie	3
3. Wahlabsicht und Beliebtheit des BSW	3
4. Sozialstruktur der BSW-Wählerinnen und -Wähler	6
5. Gründe für die Wahl des BSW	10
6. Die politische Orientierung der BSW-Wählerschaft	12
7. Lebenszufriedenheit und Vertrauen der BSW-Wählerschaft	18
8. Fazit	20
Literatur	22
Impressum	25
Der Autor	25

1. BSW – welche Wählerschaft?

Es hatte sich lange angekündigt und im Januar 2024 war es dann so weit: Sahra Wagenknecht vollzog endgültig den Bruch mit der Partei Die Linke und gründete die neue Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“, BSW (Peters/Bertels 2024, Wurthmann 2024).

Bereits vor der Parteigründung begannen Spekulationen, welches Potenzial eine solche Partei auf dem Wählermarkt hätte und welche Parteien Wählerinnen und Wähler an die BSW verlieren würden. Nachdem sich nach Umfragen rund 20 Prozent der Bevölkerung vorstellen konnten, eine von Sahra Wagenknecht neu gegründete Partei zu wählen, liegen die Umfragen zur Wahlabsicht deutlich niedriger.¹ Bei der Wahlabsicht sehen sowohl Infratest dimap als auch die Forschungsgruppe Wahlen das BSW bei 5 bis 6 Prozent.² Bei der Europawahl erzielte das BSW mit 6,2 Prozent ein Ergebnis in ähnlicher Höhe.

In einer aktuellen, großen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung sind auch Wahlberechtigte enthalten, die für das neue BSW stimmen wollen. Die Umfrage ist mit 3.510 Befragten vergleichsweise groß. Die große Fallzahl erlaubt einen zuverlässigen Blick auf die Zusammensetzung der Wählerschaft einer kleinen Partei. Was also zeichnet die Wahlberechtigten aus, die sich bei einer Bundestagswahl für das neue BSW entscheiden wollen?

2. Die Studie

Vom 13. Februar bis zum 15. April 2024 hat das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 3.510 Personen aus der bei einer Bundestagswahl wahlberechtigten, deutsch-sprachigen Wohnbevölkerung für die Studie zufällig ausgewählt (KAS-Umfrage 1052). Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) nach dem ADM-Verfahren (Häder und Sand 2019). Die Stichprobe wurde so angelegt, dass in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) 1.645 und in den alten Bundesländern 1.865 Interviews geführt wurden.

Für die Auswertung werden die Daten gewichtet, um die Überrepräsentation der neuen Bundesländer, unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und Verschiebungen nach sozialstrukturellen Merkmalen auszugleichen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende, bei einer Bundestagswahl wahlberechtigte, deutschsprachige Bevölkerung.

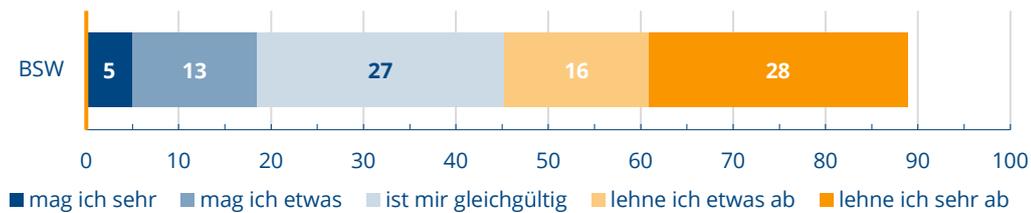
In der Stichprobe dieser Umfrage sind insgesamt 220 Personen enthalten, die sich bei einer Bundestagswahl am nächsten Sonntag für das BSW entscheiden würden. Weil diese Befragten deutlich häufiger in Ostdeutschland als in Westdeutschland leben, ist ihr Anteil nach der Gewichtung deutlich geringer. In der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung machen die Wählerinnen und Wähler des BSW 4 Prozent aller Wahlberechtigten aus. Unter allen mit einer Wahlabsicht (also ohne Nichtwahl, beabsichtigte ungültige Stimmabgabe und Antwortverweigerung) käme das BSW in der vorliegenden Umfrage auf 5 Prozent. Damit liegen ausreichend Befragte mit einer Wahlabsicht für das BSW vor, um genauere Analysen der Wählergruppe vorzunehmen.

3. Wahlabsicht und Beliebtheit des BSW

Angesichts der kurzen Zeit, die das BSW besteht, ist die Bekanntheit der Partei enorm. Eine große Mehrheit von fast 90 Prozent hat eine Einschätzung zum BSW. Für die Wahlentscheidung bei einer vorgestellten Bundestagswahl am kommenden Sonntag kommt die Partei als zu wählende Partei

oder als Alternative für ähnlich viele infrage, wie die FDP und die Linke. In den Präferenzen für das BSW kommt es zu Überschneidungen mit der AfD und der Linken.

Abbildung 1: Sympathie oder Ablehnung für das BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

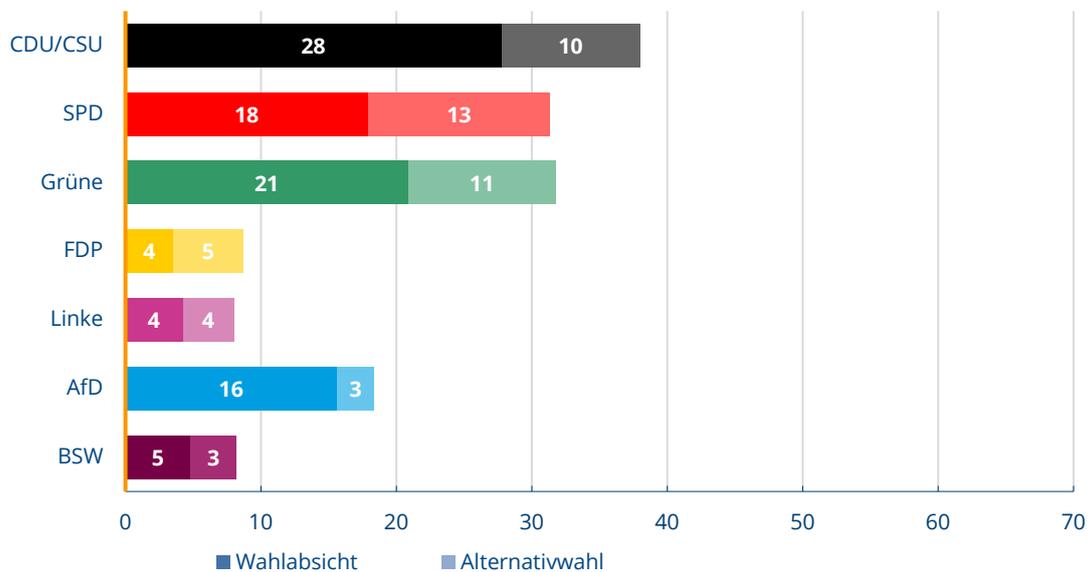
Frage: „Manche Menschen mögen die eine Partei sehr oder etwas, während sie andere Parteien etwas oder sehr ablehnen. Manche Parteien sind einem auch gleichgültig. Wie ist das bei Ihnen?“

Bei der Frage, ob jemand das BSW mag oder ablehnt, wollen sich 11 Prozent nicht entscheiden. Dieser Anteil ist zwar deutlich größer als bei den übrigen Parteien, bei denen lediglich zwischen 2 und 3 Prozent auf eine Antwort verzichten (ohne Abbildung). Für eine ganz neue Partei ist dieser Anteil allerdings bemerkenswert gering.

18 Prozent mögen das BSW sehr oder etwas. Dem steht eine größere Ablehnung gegenüber, denn 44 Prozent lehnen das BSW sehr oder etwas ab. Diese Ablehnung bewegt sich auf ähnlichem Niveau wie die Ablehnung der Linken (48 Prozent), aber deutlich unter dem Niveau der Abneigung gegenüber der AfD (73 Prozent lehnen etwas oder sehr ab, ohne Abbildung).

Die Häufigkeit, mit der das BSW als Wahlabsicht genannt wird, ist durchaus bemerkenswert. Die Abfrage nach der Wahlabsicht erfolgt ohne Antwortvorgabe. Den Befragten müssen also spontan die Namen der Parteien einfallen. Was bei den Parteien, die schon länger im Bundestag vertreten sind, unproblematisch ist, stellt für neue Parteien die erste Hürde dar. Umso bemerkenswerter ist die Nennung des BSW bei immerhin 5 Prozent der Wahlberechtigten, die ihre Stimme gültig abgeben wollen.³

Abbildung 2: Wahlabsicht und alternative Wahlabsicht

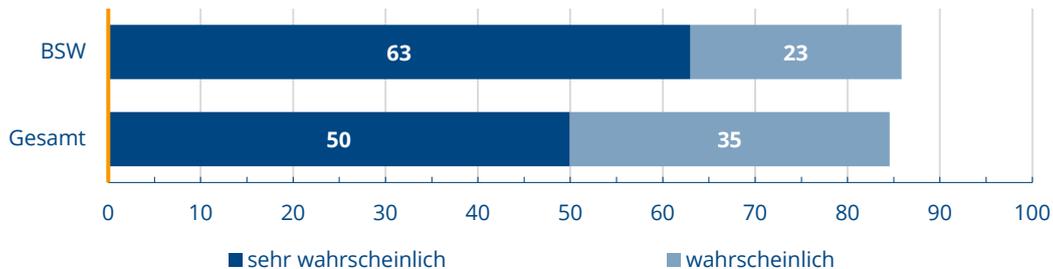


Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent der Wahlberechtigten ohne nicht/ungültig wählen, weiß nicht und keine Angabe.

Fragen: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ – „Und könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“

Häufig haben Wahlberechtigte nicht nur eine Partei vor Augen, denen sie ihre Stimme geben könnten. Deshalb gilt die Nachfrage einer möglichen Alternative, also einer weiteren Partei, der die Befragten gegebenenfalls auch ihre Stimme geben könnten. Dieses Potenzial liegt beim BSW mit 3 Prozent auf demselben Niveau wie bei FDP, Linke und AfD. CDU/CSU, SPD und Grüne haben dagegen deutlich größere Potenziale, was angesichts der Gesamtstärke der Parteien kaum verwundert.

Abbildung 3: Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für die Partei – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: teils/teils, eher unwahrscheinlich, sehr unwahrscheinlich, weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie [Partei laut Sonntagsfrage] bei der nächsten Bundestagswahl Ihre Stimme geben?“

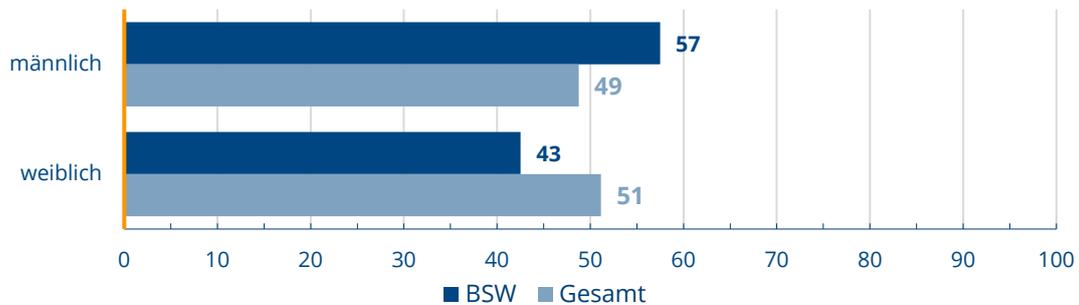
Die Anhängerinnen und Anhänger des BSW haben sich nach eigener Einschätzung weitgehend festgelegt auf ihre Entscheidung. 63 Prozent von ihnen sagen, es sei sehr wahrscheinlich, dass sie bei der nächsten Bundestagswahl dem BSW ihre Stimme geben. Nur bei den Wählerinnen und Wählern der AfD ist dieser Anteil noch höher. Der Durchschnitt für alle mit Wahlabsicht liegt dagegen mit 50 Prozent deutlich niedriger. Dass die Partei jung und entsprechend ihre inhaltlichen Positionen oft noch unklar sind, scheint kein Nachteil für die Entschlossenheit potenzieller Wählerinnen und Wähler zu sein.

Entsprechend der weitgehenden Festlegung vieler Wählerinnen und Wähler auf das BSW überrascht es kaum, dass ein vergleichsweise hoher Anteil von ihnen keine andere Partei in Erwägung zieht. 46 Prozent geben als Alternative neben dem BSW an, sie könnten sich keine andere Partei vorstellen (ohne Abbildung). Das ist ein recht hoher Anteil, der nur von den Wählerinnen und Wählern der AfD übertroffen wird. Andersherum wird das BSW als alternative Möglichkeit bei einer Bundestagswahl am häufigsten von Wählerinnen und Wählern der AfD genannt. Die Hälfte aller Wahlberechtigten, die nach der eigentlichen Wahlentscheidung auch das BSW als Alternative in Erwägung ziehen, haben sich eigentlich für die AfD entschieden (ohne Abbildung).⁴

4. Sozialstruktur der BSW-Wählerinnen und -Wähler

Die Wahlberechtigten mit der Absicht, das BSW zu wählen, sind etwas häufiger männlich, haben tendenziell häufiger eine mittlere formale Bildung und sind zwischen 41 und 65 Jahre alt. Mit ihrem Haushaltseinkommen kann ein etwas größerer Anteil der BSW-Wählerschaft nur schwer oder sehr schwer zurechtkommen. Zu finden sind die Wählerinnen und Wähler des BSW deutlich überdurchschnittlich in Ostdeutschland.

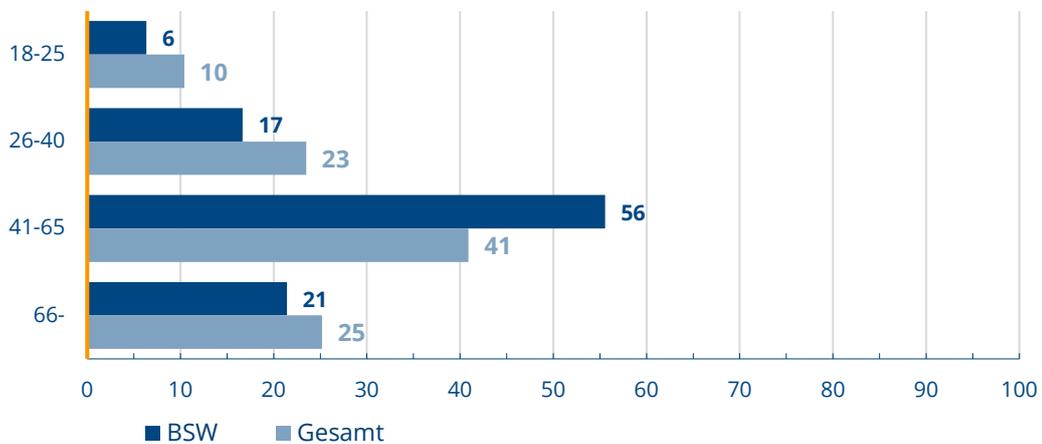
Abbildung 4: Geschlecht – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. 4 Personen ordneten sich einem anderen Geschlecht zu.

Die Wählerschaft des BSW hat einen leichten Männerüberhang: 57 Prozent der Wahlberechtigten, die bei einer Bundestagswahl das BSW wählen wollen, sind Männer, gegenüber 43 Prozent Frauen.

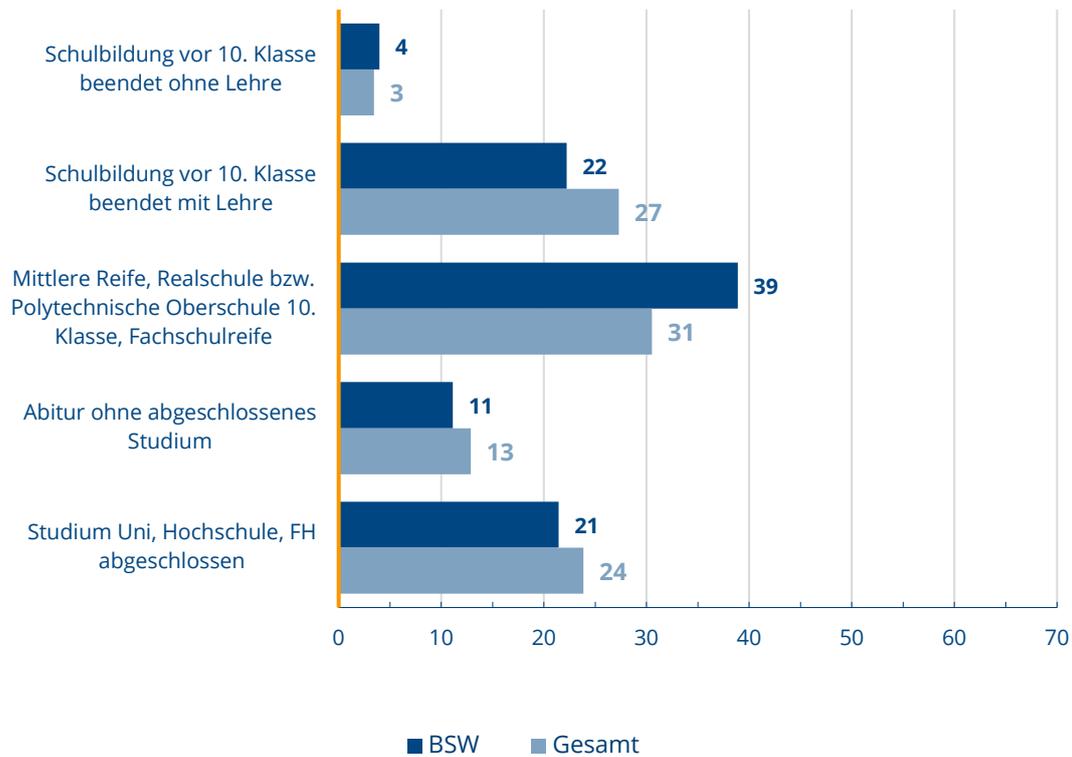
Abbildung 5: Altersgruppen – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent.

In der mittleren Altersgruppe zwischen 41 und 65 Jahren ist das BSW besonders stark. Während bei den Jüngeren bis 40 Jahre und den Älteren ab 66 Jahren das BSW leicht unterdurchschnittliche Zustimmung erhält, wendet sich die mittlere Altersgruppe überdurchschnittlich dem BSW zu – ein Phänomen, das bei jungen Parteien immer wieder zu beobachten ist.

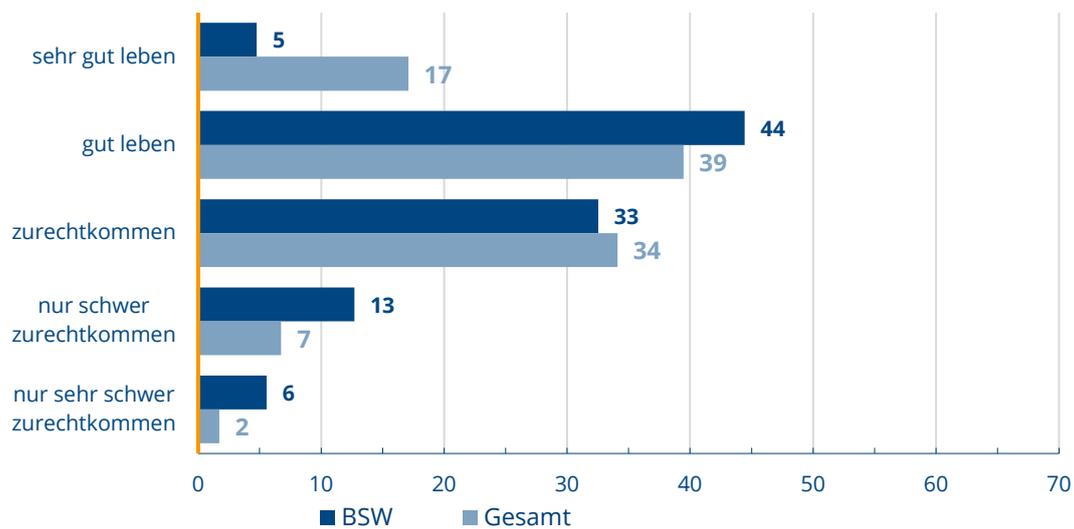
Abbildung 6: Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW nach Schulabschluss



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: noch Schülerin bzw. Schüler, anderer Schulabschluss, weiß nicht/keine Angabe.

Unter den formalen Bildungsabschlüssen ist die Polytechnische Oberschule bzw. die Realschule/ mittlere Reife bei den Wählerinnen und Wählern des BSW etwas häufiger zu finden als in der Gesamtbevölkerung. Unter allen mit einer Wahlabsicht für das BSW haben 39 Prozent einen Abschluss der Polytechnischen Oberschule oder die mittlere Reife, während der Anteil in der Gesamtbevölkerung mit 31 Prozent etwas niedriger ist. Anders als die Anhängerschaft der AfD (ohne Abbildung) erreicht das BSW auch unter jenen mit Abschluss an einer Hochschule einen annähernd durchschnittlichen Anteil. In der BSW-Anhängerschaft haben 21 Prozent einen Hochschulabschluss, in der Gesamtbevölkerung sind es mit 24 Prozent ähnlich viele.

Abbildung 7: Eingeschätztes Haushaltseinkommen – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW

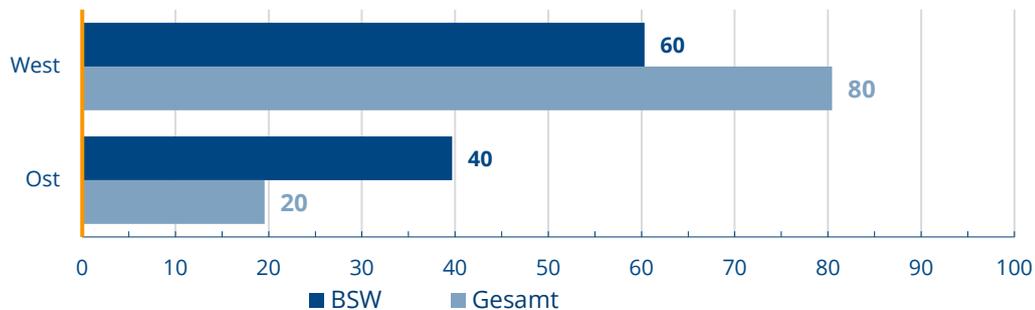


Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Fragen: „Welche der folgenden Aussagen beschreibt am besten, wie Sie Ihr gegenwärtiges Haushaltseinkommen beurteilen? Mit dem gegenwärtigen Einkommen kann ich/können wir...“

Das eingeschätzte Haushaltseinkommen ist bei den BSW-Wählerinnen und -Wählern etwas ungünstiger als in der Gesamtbevölkerung. 49 Prozent der BSW-Wählerschaft geben an, mit ihrem Haushaltseinkommen sehr gut oder gut leben zu können, in der Gesamtbevölkerung sind es 56 Prozent. Vor allem der Anteil von Menschen, die sehr gut mit ihrem Haushaltseinkommen leben können, fällt bei den BSW-Wählerinnen und -Wählern mit 5 Prozent geringer aus als in der Gesamtbevölkerung (17 Prozent). Auf der anderen Seite sagen 19 Prozent der BSW-Wählerschaft, sie kämen mit ihrem Haushaltseinkommen nur schwer oder nur sehr schwer zurecht. In der Gesamtbevölkerung ist dieser Anteil mit 9 Prozent deutlich geringer.

Abbildung 8: West-Ost – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent.

Der Anteil von Ostdeutschen ist in der Wählerschaft des BSW deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. In Deutschland leben 20 Prozent der Menschen in Ostdeutschland, sie machen aber bei den Wählerinnen und Wählern des BSW 40 Prozent aus. Während die Unterschiede nach Alter und formalem Bildungsabschluss graduell sind, fällt der Ost-West-Unterschied recht deutlich aus.

Das Ergebnis der Europawahl 2024 bestätigt diese Befunde weitgehend (siehe auch Neu/Roose 2024). In den Nachwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen (2024) und von Infratest dimap (2024a, 2024b) ist das BSW ebenfalls bei Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen stärker und tendenziell wählen die mittelalten Gruppen das BSW etwas häufiger. Bei Infratest dimap (2024) zeigt sich auch, dass die Partei bei Menschen in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation besser abschneidet. Die überdurchschnittlichen Ergebnisse bei Männern gab es bei der Europawahl allerdings so nicht. Die Nachwahlbefragungen weisen dagegen einen größeren Erfolg des BSW bei Frauen aus.

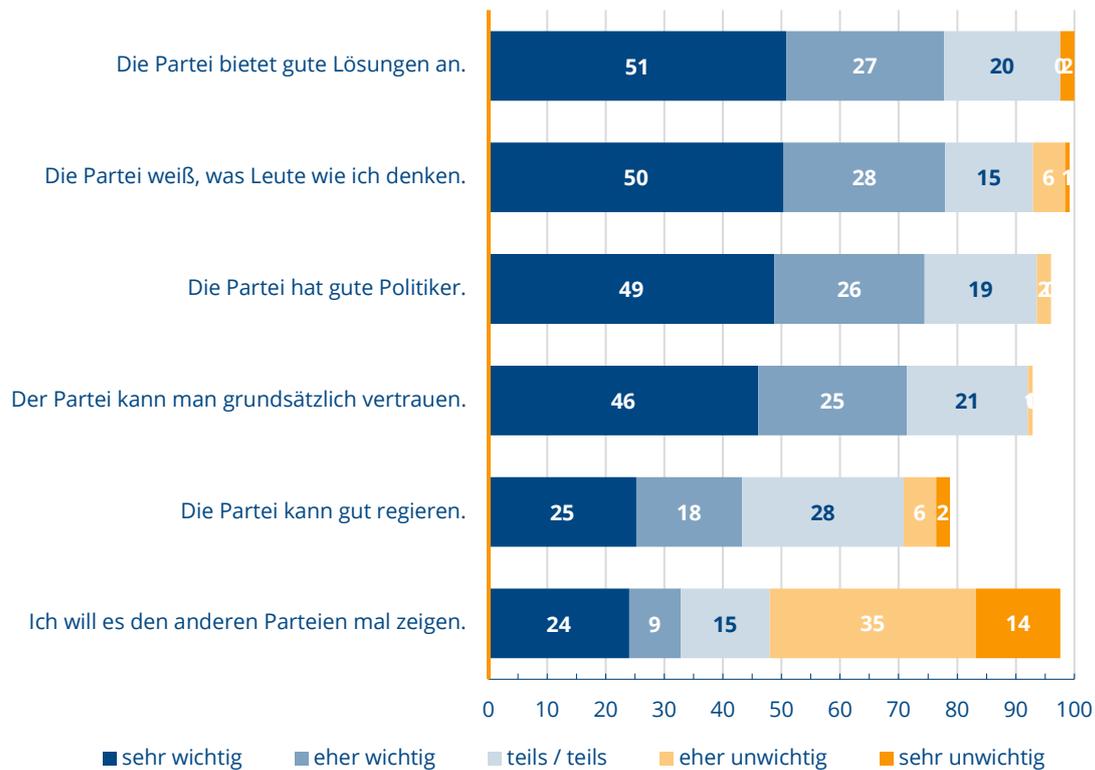
Das Wahlergebnis bestätigt die Stärke des BSW in Ostdeutschland überdeutlich (Infratest dimap 2024b). Während das BSW in Westdeutschland auf 4,4 Prozent der Stimmen kam, waren es in Ostdeutschland 13,1 Prozent. In Westdeutschland kam das BSW nur im Saarland (7,9 Prozent) und in Bremen (5,6 Prozent) über die Marke von 5 Prozent. In den ostdeutschen Flächenländern erreicht das BSW dagegen 12 Prozent und mehr.

5. Gründe für die Wahl des BSW

Gründe für eine Entscheidung, auch eine Wahlentscheidung, sind den Menschen nicht immer voll bewusst. Deshalb sind angegebene Gründe, vor allem aus einer vorgegebenen Liste möglicher Gründe, immer mit Vorsicht zu betrachten. Sie geben aber zumindest Hinweise, was bei der Entscheidung eine Rolle gespielt hat.

Für die Wählerinnen und Wähler des BSW sind neben inhaltlichen Fragen die Personen wichtig und sie fühlen sich von der Partei verstanden. Ein explizites Protestmotiv ist dagegen nur für eine Minderheit wichtig.

Abbildung 9: Gründe zur Wahl des BSW – Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte, hier 220 Befragte mit Wahlabsicht BSW. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Sie haben angegeben, dass Sie bei der nächsten Bundestagswahl das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) wählen würden. Aus welchen Gründen würden Sie diese Partei wählen? Bitte sagen Sie mir zu jedem der folgenden Gründe, ob dieser bei der Wahl des Bündnisses Sahra Wagenknecht BSW für Sie sehr wichtig ist, eher wichtig, teils-teils, eher unwichtig oder sehr unwichtig.“

Für die Wahl einer Partei werden in der Regel am häufigsten inhaltliche Gründe angegeben (siehe auch Pokorny 2022: 8). Der am häufigsten als wichtig genannte Grund zur Wahl des BSW sind die Lösungen, die von der Partei angeboten werden. Genauso wichtig aber ist das Gefühl, von der Partei verstanden zu werden. Gut drei Viertel der Wahlberechtigten, die bei einer Bundestagswahl das BSW wählen wollen, finden es sehr wichtig oder eher wichtig für ihre Wahlentscheidung, dass die Partei weiß, wie sie denken. Diese gefühlte Übereinstimmung ist typisch für populistische Parteien (Müller 2016).⁵

Von großer Bedeutung ist außerdem das Personal der Partei. Für rund die Hälfte der Wählerinnen und Wähler sind die „guten Politiker“ des BSW ein sehr wichtiger Grund, die Partei zu wählen. Ein weiteres Viertel findet dies eher wichtig. Angesichts der zentralen Bedeutung, die Sahra Wagenknecht für die Partei hat, ist dieser hohe Wert nicht überraschend. Im Durchschnitt über alle Parteien sind gute Politiker für 38 Prozent sehr wichtig und für weitere 30 Prozent eher wichtig (ohne Abbildung).

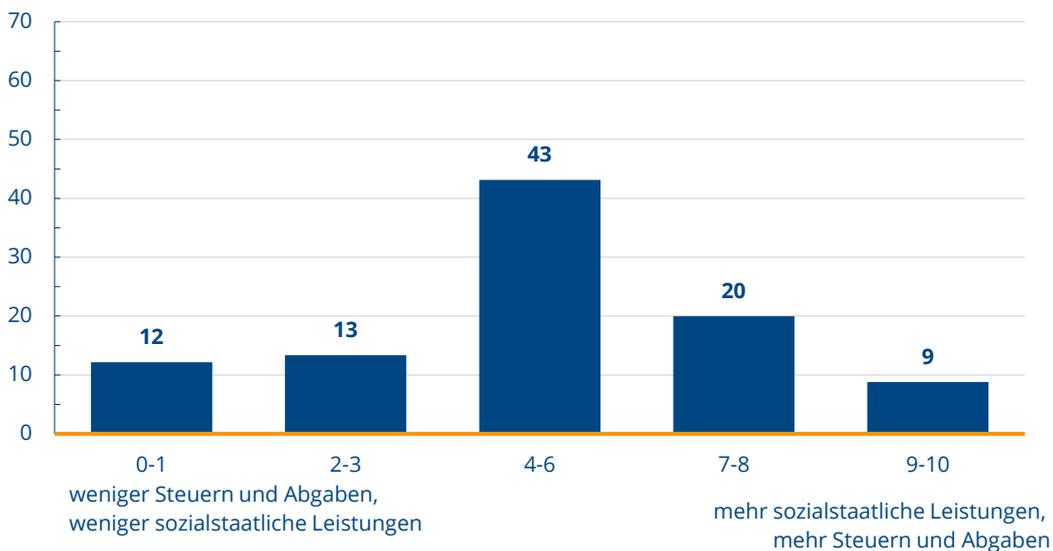
Eine Protestwahl soll die Stimme für das BSW nur bei wenigen sein. 24 Prozent geben an, es sei für sie sehr wichtig, es den anderen Parteien „mal zu zeigen“. Bei der AfD-Wählerschaft liegt dieser Anteil mit 33 Prozent höher, für alle Wahlberechtigten beträgt der Anteil 13 Prozent (ohne Abbildung).

6. Die politische Orientierung der BSW-Wählerschaft

In den hier untersuchten Themen Sozialpolitik, Einwanderung und Klimaschutz unterscheiden sich die Haltungen der unterschiedlichen Wählerschaften. Die Wählerschaft des BSW positioniert sich in der Sozialpolitik wie der Bevölkerungsdurchschnitt insgesamt. In der Klimapolitik tendiert die BSW-Wählerschaft weniger zu Klimaschutz und dafür mehr zu Wirtschaftswachstum. Migrationspolitisch favorisiert die BSW-Wählerschaft deutlich eine restriktivere Einwanderungspolitik.

Für die Sozialpolitik sollen die Befragten abwägen zwischen einer Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen auf Kosten höherer Steuern (Skalenwert 10) oder einer Verringerung der Steuern bei einer Absenkung sozialstaatlicher Leistungen (Skalenwert 0). Die Formulierung der Frage schließt es aus, sich für beides gleichermaßen zu entscheiden.⁶ Knapp die Hälfte der Wahlberechtigten in Deutschland entscheidet sich für die Mitte der Skala: 43 Prozent verorten sich bei den Skalenpunkten 4 bis 6.

Abbildung 10: Einstellung zu Sozialpolitik – alle Wahlberechtigten



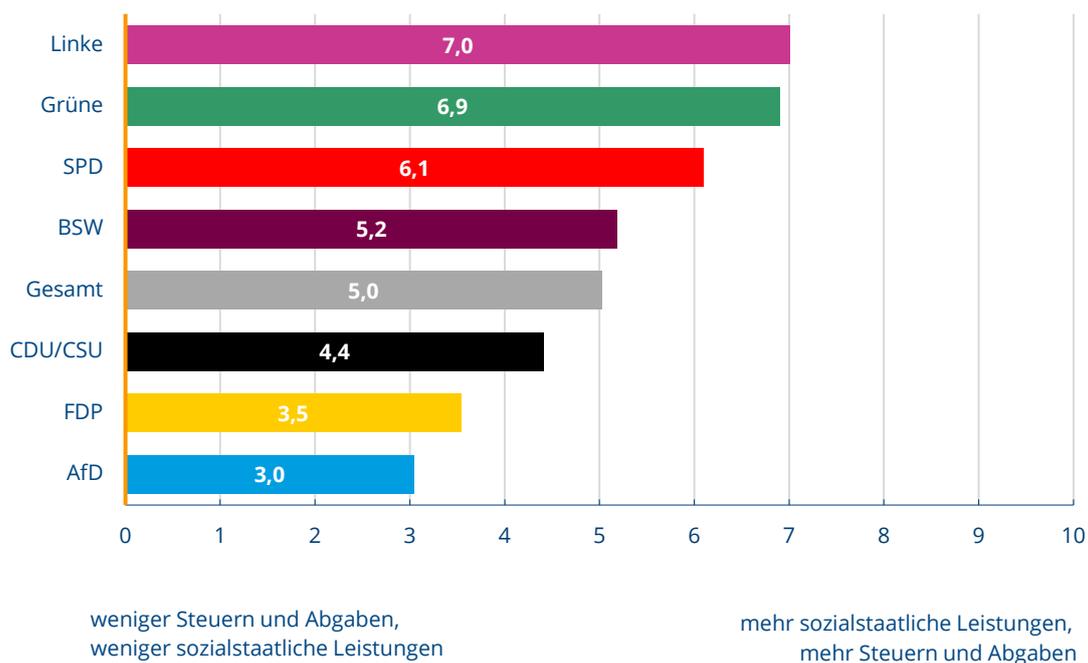
Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet. Andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, 10 heißt mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

Die Wählerschaften der Parteien unterscheiden sich bei dieser Frage, was durch den Vergleich der Durchschnittswerte für die jeweiligen Wählerschaften deutlich wird. Die Wählerschaft der Partei Die Linke kommt mit ihrem Durchschnittswert von 7,0 auf der Skala der Seite von mehr sozialstaatlichen Leistungen bei höheren Steuern und Abgaben am nächsten. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums steht die Wählerschaft der AfD mit einem Durchschnittswert von 3,0, womit sie der Seite für weniger Steuern und Abgaben bei weniger sozialstaatlichen Leistungen am nächsten kommt.

Die Wählerschaft des BSW unterscheidet sich in dieser Frage kaum vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Der Durchschnitt der BSW-Wählerschaft liegt bei 5,2, für alle Wahlberechtigten sind es 5,0. Das BSW zieht nicht überdurchschnittlich Wählerinnen und Wähler an, die den Sozialstaat ausweiten möchten. Der Unterschied zur Wählerschaft der Linken fällt sehr deutlich aus. Angesichts der vormaligen Zugehörigkeit von Sahra Wagenknecht zur Linken ist dies nicht selbstverständlich.

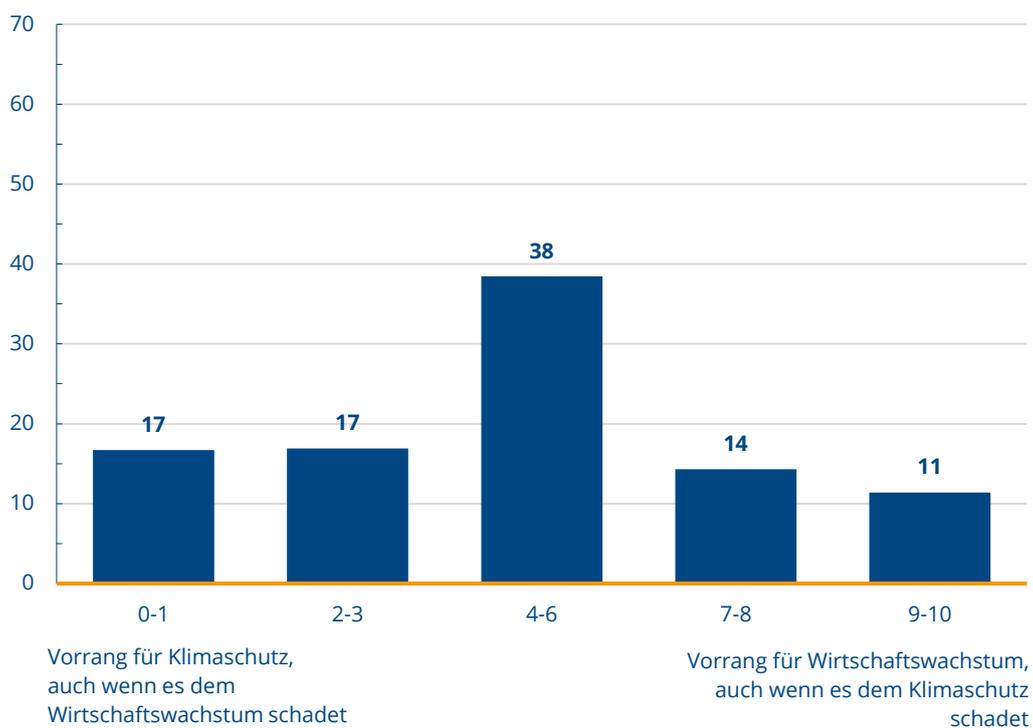
Abbildung 11: Einstellung zu Sozialpolitik – Skalenmittelwerte der Parteiwählerschaften



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Details siehe Abbildung 10.

Bei der Abwägung zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum entscheidet sich wiederum der größte Anteil für die Mitte der Skala (Werte 4 bis 6). Allerdings ist der Anteil in der Mitte im Vergleich zur Skala für die Sozialpolitik etwas kleiner. Etwas mehr Wahlberechtigte entscheiden sich für die äußeren Punkte der Skala. Die konsequente Position für einen Vorrang des Klimaschutzes findet dabei etwas mehr Unterstützung als der konsequente Vorrang für das Wirtschaftswachstum.

Abbildung 12: Einstellung zu Klimaschutz und Wirtschaftswachstum – alle Wahlberechtigte

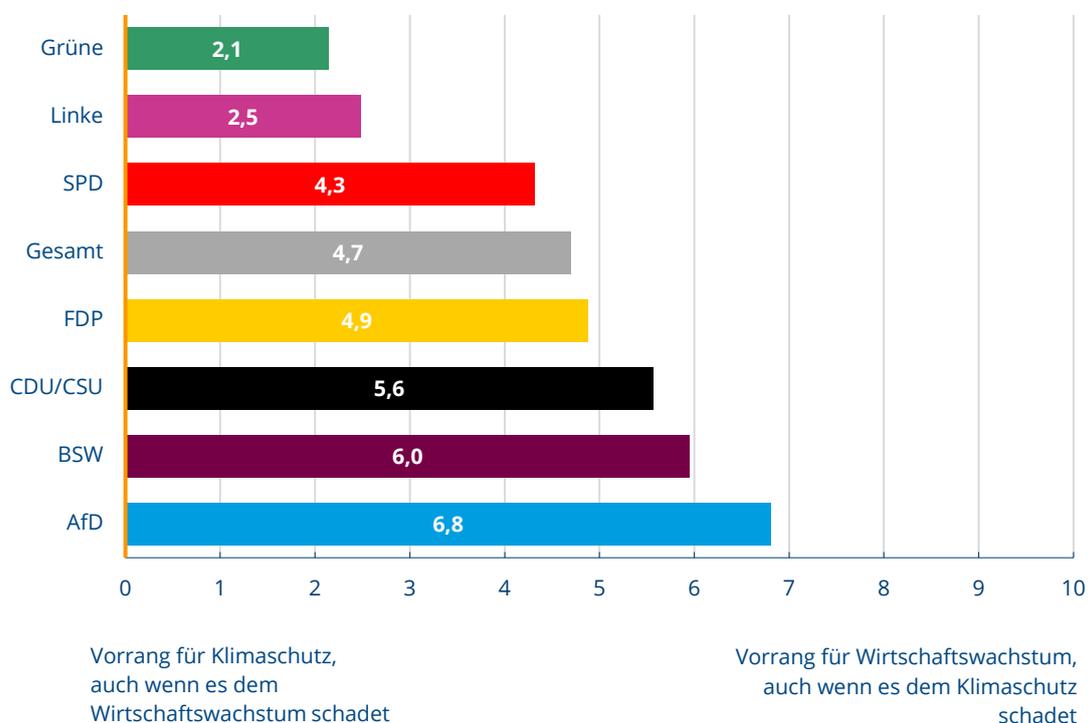


Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass die Bekämpfung des Klimawandels Vorrang hat, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet. 10 heißt, dass Wirtschaftswachstum Vorrang hat, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.“

In der Frage, ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum Vorrang haben sollten, unterscheiden sich die Anhängerschaften von Grünen und AfD am stärksten. Der Abstand zwischen beiden äußeren Parteien ist etwas größer als bei der Frage zur Sozialpolitik. Die Wählerschaft des BSW tendiert zu einem Vorrang des Wirtschaftswachstums und liegt mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 6,0 recht weit vom Gesamtdurchschnitt (4,7) entfernt. Nur die Anhängerschaft der AfD fordert noch konsequenter einen Vorrang des Wirtschaftswachstums vor dem Klimaschutz.

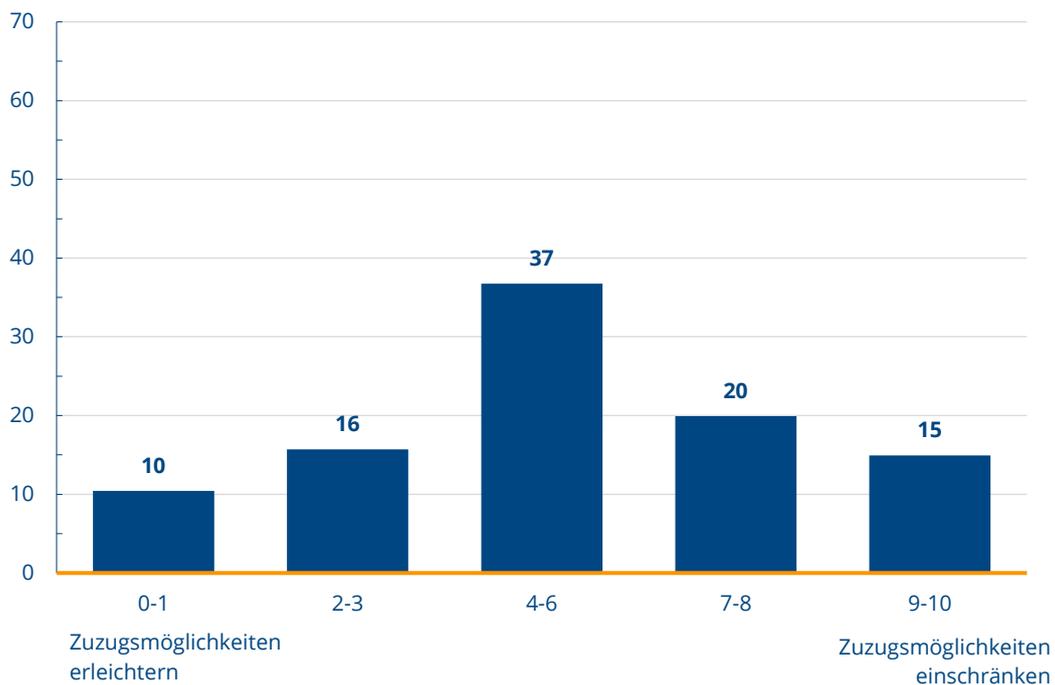
Abbildung 13: Einstellung zu Klimaschutz und Wirtschaftswachstum – Durchschnitt der Parteiwählerschaften



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Details siehe Abbildung 12.

Für die Migrationspolitik haben die Befragten beurteilt, ob die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erschwert oder erleichtert werden sollen.⁷ Wiederum entscheiden sich viele für einen mittleren Skalenpunkt (37 Prozent). Die Seite für die Beschränkung von Zuzugsmöglichkeiten wird etwas häufiger gewählt als die Seite, die für eine Erleichterung des Zuzuges steht.

Abbildung 14: Einstellung zu Einwanderung – alle Wahlberechtigte

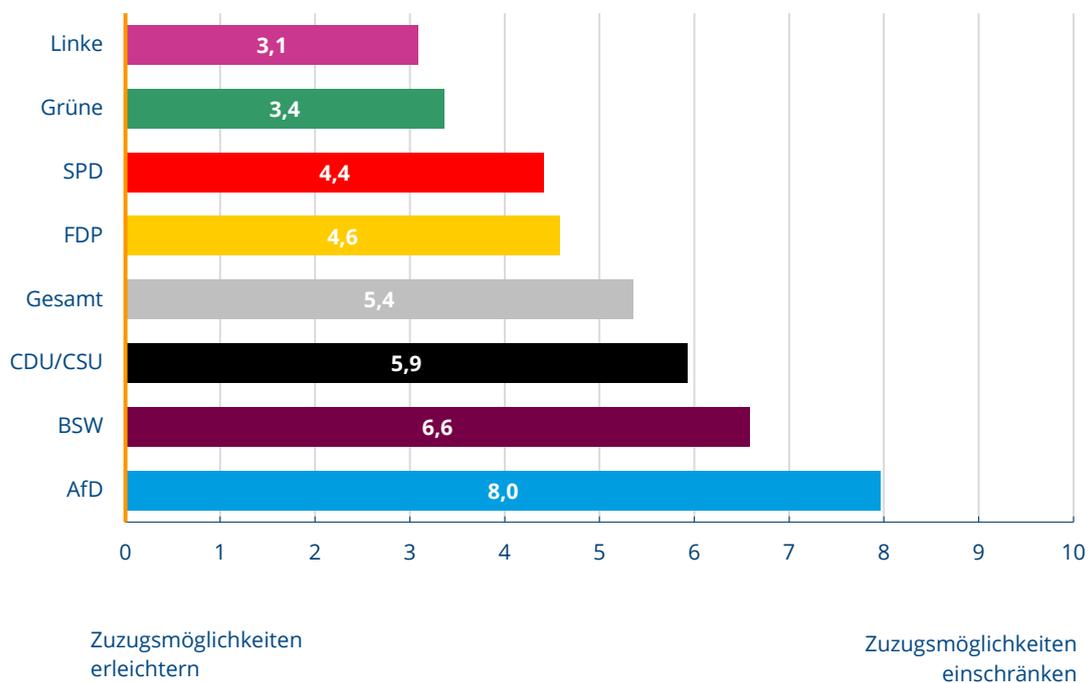


Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. Wie stehen Sie dazu? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert werden sollen. 10 heißt, dass die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer eingeschränkt werden sollen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Wiederum sind die Wählerinnen und Wähler von Grünen und Linken auf der einen Seite und die Wählerschaft der AfD auf der anderen Seite der Verteilung zu finden. Die Wählerinnen und Wähler des BSW tendieren eher zu einer Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten für Ausländer. Auf der Skala liegt ihr Durchschnitt bei 6,6. Während die Wählerschaft der AfD noch deutlich konsequenter Zugangsmöglichkeiten einschränken will (durchschnittlicher Skalenwert 8,0), sind die Anhängerschaften aller anderen Parteien im Durchschnitt für eine weniger konsequente Einschränkung bzw. für eine Erleichterung des Zuzugs von Ausländern.

Abbildung 15: Einstellung zu Einwanderung – Durchschnitt der Parteiwählerschaften



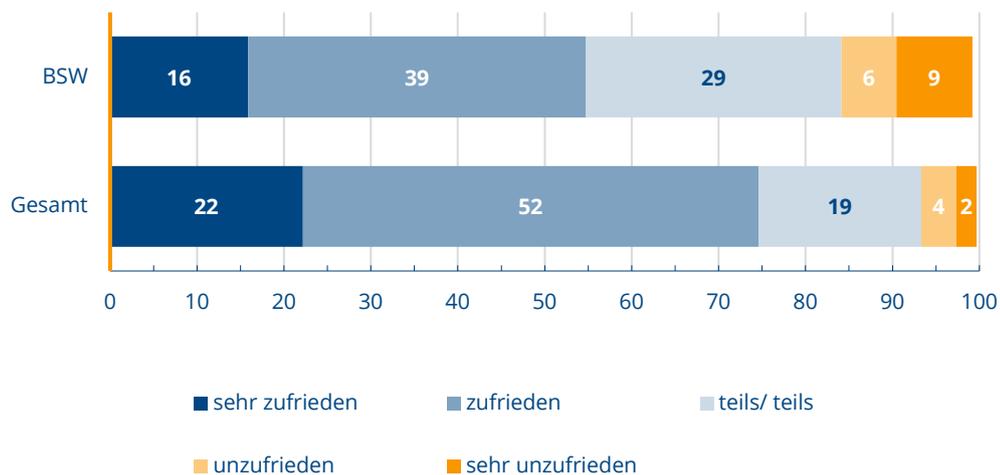
Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. Details siehe Abbildung 14.

7. Lebenszufriedenheit und Vertrauen der BSW-Wählerschaft

Lebenszufriedenheit, Vertrauen in andere Menschen und Demokratiezufriedenheit sind bei den BSW-Wählerinnen und -Wählern geringer als in der Gesamtbevölkerung. Am deutlichsten ist die geringere Demokratiezufriedenheit.

Die Lebenszufriedenheit der Menschen in Deutschland ist durchweg sehr groß. Fast drei Viertel der Wahlberechtigten in Deutschland sind mit dem eigenen Leben sehr zufrieden oder zufrieden. Bei den Wählerinnen und Wählern des BSW liegt der Anteil der Zufriedenen allerdings etwas niedriger. Etwas über die Hälfte sind in dieser Wählergruppe sehr zufrieden oder zufrieden.

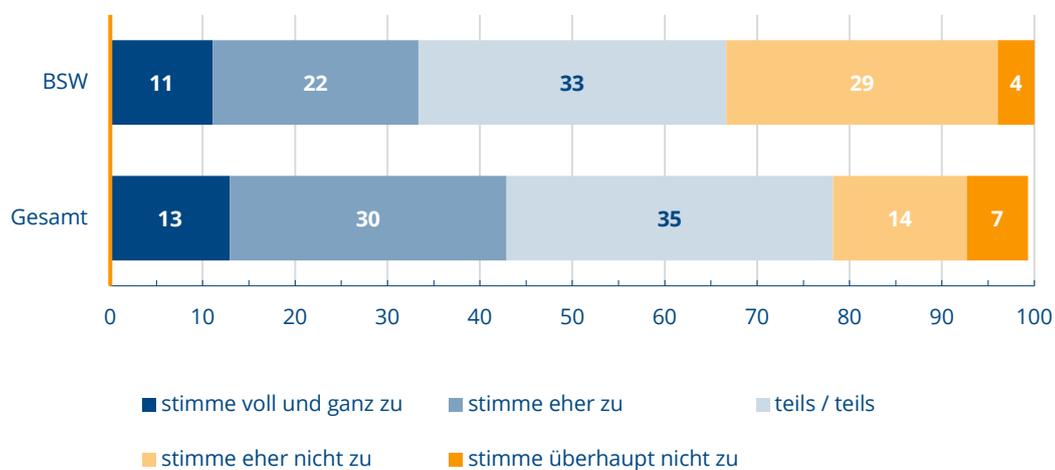
Abbildung 16: Lebenszufriedenheit – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
Frage: „Wenn Sie jetzt einmal an Ihr Leben insgesamt denken, wie zufrieden sind Sie damit?“

43 Prozent der Menschen in Deutschland unterstellen anderen, generell vertrauenswürdig zu sein. Sie stimmen der Aussage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ voll und ganz oder eher zu. Die Wählerinnen und Wähler des BSW sind da etwas zurückhaltender. Unter ihnen sind es mit 33 Prozent etwas weniger, die dieser Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Dagegen stimmen in der BSW-Wählerschaft 29 Prozent der Aussage eher nicht zu, während es in der Gesamtbevölkerung mit 14 Prozent deutlich weniger sind.

Abbildung 17: Vertrauen in andere Menschen – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



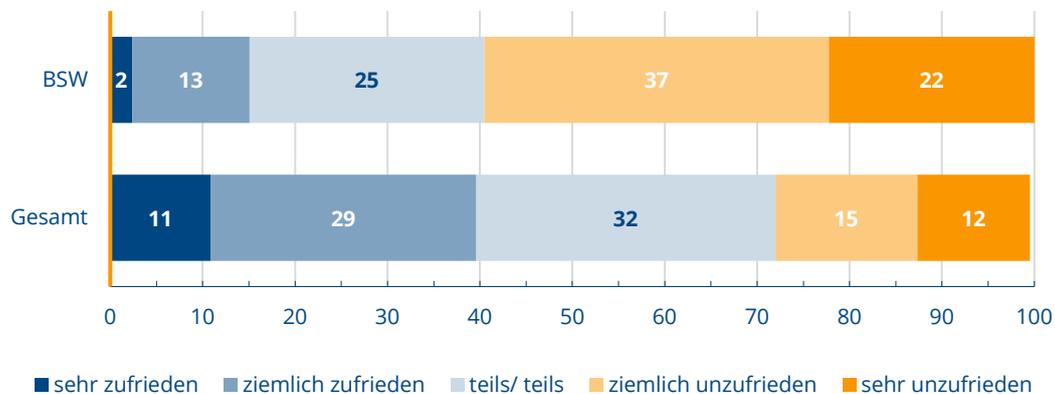
Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Den meisten Menschen kann man vertrauen.“

Unter allen Wahlberechtigten sind 40 Prozent sehr oder ziemlich zufrieden mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht (siehe auch Pokorny 2024: 4). Eine Minderheit von 27 Prozent ist ziemlich oder sehr unzufrieden.

Die Wählerinnen und Wähler des BSW kommen dagegen zu einem anderen Urteil. Unter ihnen ist eine Mehrheit unzufrieden mit der Demokratie. Insgesamt 59 Prozent sind ziemlich oder sehr unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland.

Abbildung 18: Demokratiezufriedenheit – Wahlberechtigte und Wahlberechtigte mit Wahlabsicht BSW



Quelle: Umfrage 1052 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024. 3.510 Befragte. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

8. Fazit

Mit dem BSW gibt es eine neue Partei im deutschen Parteienspektrum, die vor allem in Ostdeutschland ein großes Wählerpotential hat. Ob es für Mandate im nächsten Bundestag reichen wird, lässt sich derzeit nicht absehen.⁸ Momentan haben aber 18 Prozent der Wahlberechtigten Sympathie für das BSW. 5 Prozent würden die Partei bei einer Bundestagswahl wählen und weitere 3 Prozent können es sich vorstellen. Bei der Europawahl 2024 erreichte das BSW 6,2 Prozent der Stimmen. Das ist Grund genug, einen genaueren Blick auf die Wahlberechtigten zu werfen, die dem Bündnis bei einer Bundestagswahl ihre Stimme geben wollen.

Gründe für die Wahl des BSW sind nach Angabe der Wählerinnen und Wähler zunächst die inhaltlichen Positionen und die Personen der Partei. Im konkreten Fall des BSW dürfte sich beides auf Sahra Wagenknecht beziehen. Sie ist das prominente und inhaltlich profilierte Gesicht der Partei, was der Name des Bündnisses unterstreicht. Ein weiterer prominenter Grund ist das Gefühl, die Partei wisse, wie ihre Anhängerschaft denkt. Dieses gefühlte Milieuverständnis dürfte mit verantwortlich sein für den Eindruck einer inhaltlichen Übereinstimmung mit der noch jungen Partei.

Das BSW zieht Menschen an, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind. Sie wollen dem Wirtschaftswachstum deutlich mehr Gewicht geben als dem Klimaschutz und sie plädieren

für eine striktere Beschränkung der Einwanderung. In diesen Fragen ist die Wählerschaft des BSW im Durchschnitt nicht so konsequent wie die Anhängerschaft der AfD, aber konsequenter als die Wählerinnen und Wähler der übrigen Parteien. In der Sozialpolitik, also der Gegenüberstellung von höheren sozialstaatlichen Leistungen oder geringeren Steuern, bezieht die Wählerschaft des BSW eine mittlere Position.

Sozialstrukturell sind die Wählerinnen und Wähler des BSW nicht sehr auffällig. Es sind etwas häufiger Männer, die mittlere Altersgruppe zwischen 41 und 65 Jahren ist etwas häufiger vertreten, auch mittlere Schulabschlüsse sind in dieser Wählergruppe etwas häufiger zu finden als in der Gesamtbevölkerung. Vor allem aber findet die Partei in Ostdeutschland mehr Zustimmung als in Westdeutschland.

Das BSW ist eine sehr junge Partei, ihre Gründung liegt nur wenige Monate zurück. Umso mehr überrascht es, wie viele Menschen sich bereits ein Urteil gebildet haben, ein positives oder ein negatives. Die inhaltlichen Positionen in den Fragen Soziales, Klima und Einwanderung unterscheiden sich deutlich von den Einstellungen der Anhängerinnen und Anhänger der Linken. In Fragen des Vertrauens und der Zufriedenheit ähneln die Einstellungsmuster der Anhängerschaft der AfD.

Literatur

Forschungsgruppe Wahlen, 2024: Wahltagsbefragung Europawahl 2024, adjustiert am vorläufigen Ergebnis des Bundeswahlleiters.

Häder, Sabine/Sand, Matthias, 2019: Telefonstichproben. In: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.), Telefonumfragen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–80.

Infratest dimap, 2024a: Wahltagsbefragung Europawahl 2024. DE Gesamt.

Infratest dimap, 2024b: Europawahl. Klassifizierung der Wahlgebiete nach regionalen, sozialstrukturellen und politischen Merkmalen.

Müller, Jan-Werner, 2016: Was ist Populismus. Ein Essay. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Neu, Viola, 2023: Die europafreundlichen Deutschen. Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zu Europa in der deutschen Bevölkerung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-europafreundlichen-deutschen> (zuletzt abgerufen 05.06.2024).

Neu, Viola/Roose, Jochen, 2024: Analyse der Europawahl am 9. Juni 2024. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analyse-der-europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024> (zuletzt abgerufen 12.06.2024).

Peters, Tim B./Bertels, Jost, Henry, 2024: Das „Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ (BSW). Zwischen linkskonservativem Populismus, EU-Kritik und Russlandnähe. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/das-buendnis-sahra-wagenknecht-vernunft-und-gerechtigkeit> (zuletzt abgerufen 05.06.2024).

Pokorny, Sabine, 2022: Wieso, weshalb, warum. Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wieso-weshalb-warum-wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen 05.06.2024).

Pokorny, Sabine, 2024: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Ergebnisse aus drei repräsentativen Trend-Umfragen. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baemchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (zuletzt abgerufen 05.06.2024).

Wurthmann, Constantin, 2024: Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW). In: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: Springer VS, in Vorbereitung.

-
- 1 Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Februar 2024 können sich 24 Prozent der Wahlberechtigten vorstellen, eine von Sahra Wagenknecht gegründete neue Partei zu wählen (https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Februar2024_BSW.pdf, zuletzt abgerufen 30.04.2024). Infratest dimap kam in einer Umfrage vom November 2023 auf 29 Prozent der Wahlberechtigten, für die es infrage käme, eine neu gegründete Partei BSW zu wählen (ARD-DeutschlandTREND November 2023, Seite 12, https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/DT2311_Report.pdf, zuletzt abgerufen 30.04.2024).
 - 2 Siehe Forschungsgruppe Wahlen: Politik I, https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_I/#Projektion (zuletzt abgerufen 30.04.2024) und Infratest dimap, Sonntagsfrage Bundestagswahlen, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (zuletzt abgerufen 30.04.2024).
 - 3 Eine Prognose für ein zu erwartendes Wahlergebnis des BSW ist dies keineswegs. Es ist nicht einmal als Momentaufnahme gut geeignet. Befragungen mit einer großen Zahl an Befragten müssen eine längere Zeit erheben. Während dieser Zeit ändern sich bereits die Wahlabsichten. Um ein aktuelles Stimmungsbild zu erhalten, sind daher Umfragen mit weniger Befragten und einer kurzen Erhebungszeit besser geeignet. Zur Untersuchung von Strukturen der Wählerschaft einer kleinen Partei braucht es dagegen viele Befragte, was eine längere Erhebungszeit unumgänglich macht (siehe auch Neu 2023).
 - 4 Die Anzahl von Personen mit einer Wahlabsicht, die überhaupt das BSW als ihre alternative Wahlentscheidung nennen, ist mit 3 Prozent nicht sehr groß. Rund die Hälfte von ihnen hat als erste Wahlentscheidung die AfD angegeben. Dieser Anteil ist für das kleine BSW von Bedeutung, macht aber unter allen AfD-Wählerinnen und -Wählern mit 12 Prozent eine kleinere Gruppe aus.
 - 5 Populistische Parteien sind gekennzeichnet durch eine strikte Trennung zwischen einem einheitlichen, „reinen“ Volk und einer als korrupt und böse angesehenen Elite. Nach diesem Weltbild wird der einheitliche Wille des Volkes von den Eliten ignoriert und muss durch die populistische Partei zum Durchbruch gebracht werden. Die Vielfalt von Lebenswelten, Sichtweisen und Meinungen in der Gesellschaft hat in diesem Weltbild keinen Raum.
 - 6 In der Politik gibt es offensichtlich noch mehr Möglichkeiten. Ziel der Frage ist aber nicht, das Möglichkeitsspektrum der Politik abzubilden, sondern die Befragten zu einer Abwägung zu drängen zwischen zwei Alternativen, die beide attraktiv sind. So wird eine Schwerpunktsetzung deutlich.
 - 7 Bei Aussagen, die in Umfragen zur Bewertung vorgelegt werden, ist eine geschlechtsneutrale Formulierung oftmals nicht möglich. Gleichzeitig hat eine Mehrheit Vorbehalte gegen geschlechtsneutrale Formulierungen. Dies zeigt eine Umfrage von Infratest dimap aus dem September 2022 (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/gendergerechte-sprache/>, zuletzt besucht 07.05.2024). Um nicht durch diese Art der Ablehnung die Antworten zu beeinflussen, wird in den Frageformulierungen bewusst das generische Maskulinum benutzt.

In der Steuerung der Einwanderung ist die Frage ebenfalls komplizierter als eine Entscheidung zwischen leichteren und erschwerten Zugangsmöglichkeiten für Ausländer (und Ausländerinnen). In der Diskussion wird vielfach unterschieden zwischen beruflich qualifizierten und unqualifizierten Personen sowie zwischen Menschen mit und ohne Fluchtgrund. Es ist nicht möglich, diese Feinheiten in einer standardisierten Umfrage mit einem breiteren Themenspektrum abzubilden. Diese hier verwendete vereinfachte Fragestellung reicht allerdings bereits aus, um die Grundhaltung zu Migration abzubilden.

- ⁸ Die Aussichten werden nicht nur davon abhängen, ob der Wählerzuspruch über 5 Prozent liegt, sondern auch von der endgültigen Ausgestaltung des Wahlrechts nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Veränderungen im Wahlrecht. Entsprechend sind die Abschätzungen noch offener, als sie es angesichts von schwankenden Umfrageergebnissen ohnehin sind.

Impressum

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er als Referent in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PD Dr. Jochen Roose

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3798

Jochen.Roose@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).